

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

25. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 22. Februar 1972

Nummer 17

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964; Ergänzung der Durchführungsbestimmungen	180
20310	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 zur Änderung des Tarifvertrages vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes	180
20310	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 zur Änderung des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe . . .	181
20319	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über die Ausbildungsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge bei Bund und Ländern vom 19. Januar 1972	181
20330 20331 20319	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970	182
20330	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Vergütungstarifvertrag Nr. 10 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 19. Januar 1972	182
20331	20. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. Dezember 1970; Ergänzung der Durchführungsbestimmungen	189
203310	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Monatslohtarifvertrag Nr. 3 zum MTL II vom 19. Januar 1972	189
203310	21. 1. 1972	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Sechster Änderungstarifvertrag vom 19. Januar 1972 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965	195

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
Hinweis	
Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
Nr. 1 v. 1. 1. 1972	198

I.

20310

**Zum Manteltarifvertrag
für Arbeiter der Länder (MTL II)
vom 27. Februar 1964
Ergänzung der Durchführungsbestimmungen**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 1.2 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.30.03 — 1/72 —
v. 21. 1. 1972

Die Durchführungsbestimmungen zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder — MTL II — vom 27. Februar 1964, die mit dem Gem. RdErl. v. 1. 4. 1964 (SMBI. NW. 20310) bekanntgegeben worden sind, werden wie folgt ergänzt:

1. In Abschnitt II wird Nr. 35 um folgenden Absatz ergänzt:

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 3. Februar 1971 — 5 AZR 282/70 — entschieden, daß jeder berechnete Urlaubsanspruch grundsätzlich in Gestalt der Freizeit zu erfüllen ist und die Abgeltung des Urlaubs auch durch Tarifvertrag nicht über den im Bundesurlaubsgesetz vorgeschriebenen Bereich ausgedehnt werden darf. Kann der Urlaub infolge Krankheit des Arbeiters, wegen dienstlicher Belange des Arbeitgebers oder wegen eines über das Bestehen des Urlaubsanspruches geführten Rechtsstreites nicht mehr im Ursprungsjahr des Urlaubs und in dem daran anschließenden Übertragungszeitraum gewährt werden, ist der zustehende Urlaub daher im allgemeinen so bald als möglich in Gestalt der Freizeit zu gewähren. Eine Abgeltung ist nur zulässig, wenn Freizeit wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr gewährt werden kann oder wenn die Freizeit wegen übergroßer Verzögerung in keinem Zusammenhang mehr mit dem Ursprungsjahr stehen würde. Dies gilt wegen der Einheit des tariflichen Urlaubs auch für den über den gesetzlichen Mindesturlaub hinausgehenden Urlaubsteil. Eine übergroße Verzögerung in diesem Sinne ist im allgemeinen anzunehmen, wenn der Urlaub nicht mehr bis zum Ende des auf das Ursprungsjahr folgenden Urlaubsjahres gewährt werden kann.

2. In Abschnitt II wird nach Nummer 35 folgende Nummer 35a eingefügt:

35a Zu § 54

Nach Absatz 1 Satz 1 ist ein rechtzeitig schriftlich geltend gemachter Urlaubsanspruch des Arbeiters, der weder im Urlaubsjahr noch in der Übertragungsfrist durch Freizeitgewährung erfüllt werden konnte, durch Zahlung des Urlaubslohnes abzugelten. In Absatz 1 Satz 2. haben die Tarifvertragsparteien bestimmt, daß der Anspruch auf Urlaubsabgeltung innerhalb einer Ausschußfrist von einem Monat nach Ablauf der Übertragungsfrist geltend gemacht werden muß (besondere Ausschußfrist gegenüber § 72). Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 3. Februar 1971 — 5 AZR 282/70 — entschieden, daß diese tarifliche Regelung insoweit nichtig ist, wie sie auch bei einer vom Arbeiter nicht verschuldeten Unmöglichkeit zeitgerechter Urlaubsabgeltung allgemein die Abgeltung vorschreibt und in diesen Fällen eine besondere, kürzere Ausschußfrist für das Geltendmachen des Urlaubsanspruches bestimmt. Die Anwendung der allgemeinen tariflichen Ausschußklausel in § 72 auf den tariflichen Urlaubsanspruch — auch soweit er den Anspruch auf den gesetzlichen Mindesturlaub nach dem Bundesurlaubsgesetz umfaßt — hat das BAG dagegen bestätigt. Die besondere Ausschußklausel des § 54 Abs. 1 Satz 2 ist daher nur noch anzuwenden, wenn der Arbeiter ausnahmsweise einen Anspruch auf Urlaubsabgeltung während des noch bestehenden Arbeitsverhältnisses hat.

Wegen der Urlaubsgewährung in diesen Fällen wird auf Nummer 35 hingewiesen.

— MBI. NW. 1972 S. 180.

20310

**Tarifvertrag
vom 19. Januar 1972
zur Änderung des Tarifvertrages
vom 17. Dezember 1970
über die Regelung der Arbeitsbedingungen
der Praktikanten (Praktikantinnen)
für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 3.16 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.22.14 — 3/72 —
v. 21. 1. 1972

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 — SMBI. NW. 20310 —) mit Wirkung vom 1. Januar 1972 geändert wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 19. Januar 1972
zur Änderung des Tarifvertrages vom 17. Dezember 1970
über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten
(Praktikantinnen) für Berufe
des Sozial- und des Erziehungsdienstes**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

§ 2. Satz 1 des Tarifvertrages vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes wird in folgender Fassung wieder in Kraft gesetzt:

„Die Praktikanten (Praktikantinnen) erhalten folgendes monatliches Entgelt:

	In den Ortsklassen			
	ledig DM	S verh. DM	A ledig DM	verh. DM
Für die Berufe				
des Sozialarbeiters	989,66	1 044,41	984,03	1 036,53
des Sozialpädagogen	989,66	1 044,41	984,03	1 036,53
des Erziehers	782,87	838,37	777,62	830,12
der Kindergärtnerin	782,87	838,37	777,62	830,12
der Hortnerin	782,87	838,37	777,62	830,12
der Kinderpflegerin	730,61	786,11	725,36	777,86

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft.

Bonn, den 19. Januar 1972

— MBI. NW. 1972 S. 180.

20310

**Tarifvertrag
vom 19. Januar 1972
zur Änderung des Tarifvertrages
vom 28. Januar 1970**

**über die Regelung der Arbeitsbedingungen
der Praktikantinnen (Praktikanten)
für medizinische Hilfsberufe**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 3.1 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.21.02 — 3/72 —
v. 21. 1. 1972

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 3. 2. 1970 — SMBl. NW. 20310 —) mit Wirkung vom 1. Januar 1972 geändert wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 19. Januar 1972
zur Änderung des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970
über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten)
für medizinische Hilfsberufe**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Im Eingangssatz des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe wird folgender Buchstabe g eingefügt:

„g) für den Beruf des Logopäden während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Logopäde voranzugehen hat,“

§ 2

§ 2 Satz 1 des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe wird in folgender Fassung wieder in Kraft gesetzt:

„Die Praktikantinnen (Praktikanten) erhalten folgendes monatliches Entgelt:

	In den Ortsklassen			
	S	A		
	ledig DM	verh. DM	ledig DM	verh. DM
Für die Berufe				
der med.-techn. Assistentin	782,87	838,37	777,62	830,12
der pharm.-techn. Assistentin	782,87	838,37	777,62	830,12
des Kranken- gymnasten	782,87	838,37	777,62	830,12
der Beschäftigungs- therapeutin	782,87	838,37	777,62	830,12
der Orthoptistin	782,87	838,37	777,62	830,12

	In den Ortsklassen			
	S	A		
	ledig DM	verh. DM	ledig DM	verh. DM
der Diätassistentin	782,87	838,37	777,62	830,12
des Logopäden	782,87	838,37	777,62	830,12
des Masseurs	730,61	786,11	725,36	777,86
des Masseurs und med. Bademeisters im ersten Prakti- kantenjahr	730,61	786,11	725,36	777,86
in der weiteren Praktikantenzeit	770,61	826,11	765,36	817,86“

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft.

Bonn, den 19. Januar 1972

— MBl. NW. 1972 S. 181.

20319

**Tarifvertrag
über die Ausbildungsvergütungen
für die Lehrlinge und Anlernlinge
bei Bund und Ländern
vom 19. Januar 1972**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 2.2 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.07 — 3/72 —
v. 21. 1. 1972

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1972 an die Stelle der Vorschriften des Tarifvertrages über die Lehrlingsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes und der Länder vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 — SMBl. NW. 20319 —) treten, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
über die Ausbildungsvergütungen
für die Lehrlinge und Anlernlinge bei Bund und Ländern
vom 19. Januar 1972**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird für die unter den Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961 fallenden Lehrlinge und Anlernlinge bei Bund und Ländern, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 27. April 1971, folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Die Ausbildungsvergütung gemäß § 6 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 21. September 1961 beträgt monatlich
a) bei Beginn des Ausbildungsverhältnisses vor Vollendung des 18. Lebensjahres

im 1. Ausbildungsjahr	220,— DM,
im 2. Ausbildungsjahr	275,— DM,
im 3. Ausbildungsjahr	330,— DM,
im 4. Ausbildungsjahr	385,— DM,

b) bei Beginn des Ausbildungsverhältnisses nach Vollendung des 18. Lebensjahres

im 1. Ausbildungsjahr	250,— DM,
im 2. Ausbildungsjahr	312,50 DM,
im 3. Ausbildungsjahr	375,— DM,
im 4. Ausbildungsjahr	437,50 DM.

(2) Die Ausbildungsvergütung nach Absatz 1 Buchst. b erhält auch der Lehrling (Anlernling), dessen 19. Geburtstag in den Einstellungsmonat fällt.

§ 2

(1) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. a des Tarifvertrages vom 21. September 1961 genannten Angestelltenlehrlinge (-anlernlinge) können 50 v. H. der in dem Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962 vereinbarten Zulagen gezahlt werden, wenn die dort geforderten Voraussetzungen vorliegen.

(2) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. b des Tarifvertrages vom 21. September 1961 genannten Handwerker- und Facharbeiterlehrlinge (-anlernlinge), die im Rahmen ihrer Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTB II/MTL II beschäftigt werden, kann im 3. und 4. Ausbildungsjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 15,— DM zur Ausbildungsvergütung gezahlt werden.

§ 3

(1) Gewährt der Ausbildende Kost und Wohnung, wird die Ausbildungsvergütung um monatlich 88,— DM gekürzt.

(2) Gewährt der Ausbildende nur Wohnung, wird die Ausbildungsvergütung um monatlich 22,— DM, gewährt er nur Kost, wird sie um monatlich 66,— DM gekürzt.

§ 4

(1) Die Wasserbaulehrlinge der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes haben während des Besuchs der Lehrbaustelle für Wasserbauwerker die auf der Lehrbaustelle entstehenden Verpflegungskosten aus der Ausbildungsvergütung zu bestreiten.

(2) Werden Schiffsjungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zum Besuch einer anerkannten Schiffer-Berufsschule in einem von der Binnenschifffahrt betreuten Schiffsjungenheim untergebracht, haben sie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung aus der Ausbildungsvergütung zu bestreiten. Dem Schiffsjungen muß jedoch mindestens ein monatliches Taschengeld von 56,— DM verbleiben.

§ 5

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 1972, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 19. Januar 1972

— MBl. NW. 1972 S. 181.

20330
20331
20319

Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4151 — 1 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.77 — 2/72
v. 21. 1. 1972

Nachstehenden Tarifvertrag, mit dem die zum 31. Dezember 1971 gekündigten folgenden Tarifverträge

a) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte vom 17. Dezember 1970, bekanntgegeben

mit dem Gem. RdErl. v. 30. 12. 1970 — SMBl. NW. 20330 —,

b) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. Dezember 1970 (Bund/TdL), bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 30. 12. 1970 — SMBl. NW. 20331 —,

c) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende vom 12. Dezember 1970, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 30. 12. 1970 — SMBl. NW. 20319 —,

mit Wirkung vom 1. Januar 1972 wieder in Kraft gesetzt worden sind, geben wir bekannt:

Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tariftgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

Einziger Paragraph

Die zum 31. Dezember 1971 gekündigten nachstehenden Tarifverträge

a) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte vom 17. Dezember 1970,

b) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. Dezember 1970 (Bund/TdL),

c) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. Dezember 1970 (VKA),

d) Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende vom 17. Dezember 1970

werden mit Wirkung vom 1. Januar 1972 mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß im jeweiligen § 7 Satz 2 der in Buchstaben a, b und d genannten Tarifverträge sowie in § 9 Satz 2 des in Buchstabe c genannten Tarifvertrages an die Stelle der Jahreszahl „1971“ die Jahreszahl „1972“ tritt.

Bonn, den 19. Januar 1972

— MBl. NW. 1972 S. 182.

20330

Vergütungstarifvertrag Nr. 10 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tariftgemeinschaft deutscher Länder vom 19. Januar 1972

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 1.3.12 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.06 — 3/72 — v. 21. 1. 1972

A.

Nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1972 an die Stelle der Vorschriften des Vergütungstarifvertrages Nr. 9 zum BAT vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 — SMBl. NW. 20330 —) treten, geben wir bekannt:

**Vergütungstarifvertrag Nr. 10 zum BAT
für den Bereich des Bundes und für den Bereich
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
vom 19. Januar 1972**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die

- a) unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT),
- b) unter die ADO für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst fallen.

§ 2

Angestellte, die unter den Geltungsbereich des BAT fallen
A. Angestellte, die unter die Anlage 1a zum BAT fallen

- Anlage 1 (1) Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 1 festgelegt.
- (2) Die Grundvergütungen der Angestellten, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 23. Lebensjahr vollendet haben (§ 28 Abs. 1 BAT), ergeben sich aus der Anlage 2.
- Anlage 2 (3) Die Gesamtvergütungen der Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 3.
- Anlage 3

B. Angestellte, die unter die Anlage 1b zum BAT fallen

- Anlage 4 Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 4 festgelegt.

§ 3

Angestellte, die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallen

- Anlage 5 Die Grundvergütungen (Nr. 3 Abs. 1 der ADO) sind in der Anlage 5 festgelegt.

§ 4

Überstundenvergütungen

(1) Die Überstundenvergütungen (§ 35 Abs. 2 BAT) betragen:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
X	6,30	Kr. I	7,08
IXb	6,76	Kr. II	7,51
IXa	7,01	Kr. III	8,—
VIII	7,29	Kr. IV	8,50
VII	7,91	Kr. V	9,04
VIa und VIb	8,59	Kr. VI	9,60
Vc	9,38	Kr. VII	9,96
Va und Vb	9,92	Kr. VIII	10,14
IVb	10,35	Kr. IX	10,81
IVa	11,29	Kr. X	11,51
III	12,33	Kr. XI	12,29
IIb	13,—	Kr. XII	13,06
IIa	13,73		
Ib	15,05		

(2) Die Sätze nach Absatz 1 werden für jede volle Überstunde gezahlt. Ergibt sich bei der wöchentlichen Überstundenberechnung ein Bruchteil einer Stunde, werden 30 Minuten und mehr auf eine volle Stunde aufgerundet; weniger als 30 Minuten bleiben unberücksichtigt.

§ 5

Bereitschaftsdienstvergütungen

Die Vergütungssätze nach Nr. 6 Abschn. B Abs. 3 SR 2a, Nr. 5 Abs. 3 SR 2b, Nr. 8 Abschn. B Abs. 3 SR 2c, Nr. 8 Abschn. B I. Abs. 3 SR 2e III und Nr. 3 Abschn. A Abs. 3 SR 2n BAT betragen je Stunde:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
IXb	6,22	Kr. I	6,51
IXa	6,45	Kr. II	6,91
VIII	6,70	Kr. III	7,36
VII	7,28	Kr. IV	7,82
VIb	7,90	Kr. V	8,31
Vc	8,63	Kr. VI	8,83
Vb	9,10	Kr. VII	9,13
IVb	9,45		
IVa	10,31		
III	11,26		
IIa	12,54		
Ib	13,74		

§ 6

Stundenvergütungen

Die Stundenvergütungen nach Nr. 6 Abs. 3 Unterabs. 2 SR 2k BAT betragen:

In Vergütungsgruppe	DM
X	5,04
IXb	5,41
IXa	5,61
VIII	5,83
VII	6,33
VIb	6,87
Vc	7,50
Va und Vb	8,27
IVb	9,—
IVa	9,82
III	10,72
IIb	11,30
IIa	11,94
Ia und Ib	13,09

§ 7

Überleitung am 1. Januar 1972

Für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten, die am 31. Dezember 1971 in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, das zu demselben Arbeitgeber am 1. Januar 1972 fortbestanden hat, und deren Grundvergütungen die jeweiligen Endgrundvergütungen

- a) in den Vergütungsgruppen X, IXb und VII BAT aufgrund des § 4 Abs. 1 Unterabs. 2 des Vergütungstarifvertrages vom 16. März 1960 (TdL) bzw. vom 26. April 1960 (Bund) um 2 DM,
- b) in den Vergütungsgruppen VIb und VIa BAT um bis zu 30 DM sowie in der Vergütungsgruppe Vc BAT um bis zu 38 DM aufgrund des § 4 Abs. 1 Unterabs. 2 des Vergütungstarifvertrages vom 23. Juli 1958

überschreiten durften, werden die Endgrundvergütungen um die bisherigen Überschreibungsbeträge erhöht.

§ 8.

Ausgleichszulagen für die Angestellten im Saarland

Durch die Ausgleichszulage nach § 3 Abs. 2 des Überleitungstarifvertrages für die Angestellten im Saarland darf die Endgrundvergütung

in der Vergütungsgruppe	um bis zu
X	9,— DM
IXb	6,— DM
VIII	1,— DM
VII	8,— DM
VIb	25,— DM
VIa	26,— DM
Vc	27,— DM
IVb	6,— DM
IVa	18,— DM
ADO	49,— DM

überschritten werden.

§ 9

Ortszuschlag

Abweichend von den nach der Kündigung des BAT weiter anzuwendenden §§ 29 und 73 Abs. 4 Nr. 2 Satz 2 BAT gilt für die unter den Geltungsbereich des BAT sowie für die unter die ADO für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst fallenden Angestellten die diesem Tarifvertrag als Anlage 6 beigefügte Ortszuschlagstabelle. Sie tritt außer Kraft, wenn für die Beamten des Arbeitgebers eine entsprechende oder eine günstigere Ortszuschlagstabelle in Kraft tritt. Von diesem Zeitpunkt an sind die §§ 29 und 73 Abs. 4 Nr. 2 Satz 2 BAT uneingeschränkt weiter anzuwenden.

Anlage 6

§ 10

Anwendung der ADO für übertarifliche Angestellte

Der Nr. 3 der Allgemeinen Dienstordnung (ADO) für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst vom 10. Mai 1938 wird die folgende Protokollnotiz angefügt:

„Protokollnotiz

Für die Angestellten, die nach § 6 Abschn. B Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 9 für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 17. Dezember 1970 übergeleitet worden sind, tritt die Lebensaltersstufe, in die sie nach dieser Vorschrift übergeleitet worden sind, an die Stelle der Lebensaltersstufe nach Absatz 2.“

§ 11

Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 1972, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 19. Januar 1972

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages wird auf folgendes hingewiesen:

1. Für die im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, die unter den RdErl. d. Kultusministers v. 12. 11. 1971 (GABl. NW. 1971 S. 617) fallen, ist die Neuberechnung der Vergütung erst vorzunehmen, wenn die widerruflichen Zulagen nach dem genannten Erlaß durch den Kultusminister neu festgesetzt worden sind.
2. Angestellte, die im Kalenderjahr 1971 wegen Überschreitens der Jahresarbeitsverdienstgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungsfrei waren oder die die Jahresarbeitsverdienstgrenze im Jahre 1971 überschritten haben, deren regelmäßiges Arbeitsentgelt zu Beginn des Monats Januar 1972 die für 1972 geltende Jahresarbeitsverdienstgrenze (18 900,— DM) jedoch nicht überschritten hatte, werden bzw. bleiben vom 1. Januar 1972 an auch dann krankenversicherungspflichtig, wenn ihr Entgelt aufgrund der durch den Vergütungstarifvertrag Nr. 10 eintretenden rückwirkenden Erhöhung die Jahresarbeitsverdienstgrenze übersteigt. Sie scheiden gemäß § 165 Abs. 5 Satz 2 RVO erst mit Ablauf des Jahres 1972 aus der Krankenversicherungspflicht aus, sofern ihr Entgelt zu Beginn des Monats Januar 1973 höher ist als die vom 1. Januar 1973 an geltende Jahresarbeitsverdienstgrenze (§ 165 Abs. 5 Satz 1 2. Halbsatz RVO).

Anlage 1
(§ 2 Abschn. A Abs. 1 des Vergütungs-
tarifvertrages Nr. 10)

Tabelle der Grundvergütungen
für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres
(§ 27 Abschn. A BAT)

Verg. gruppe	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem														
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.
	Lebensjahr (monatlich in DM)														
Ia	1 874,08	1 959,74	2 045,40	2 131,06	2 216,72	2 302,38	2 388,04	2 473,70	2 559,36	2 645,02	2 730,68	2 816,34	2 898,48		
Ib	1 666,08	1 748,43	1 830,78	1 913,13	1 995,48	2 077,83	2 160,18	2 242,53	2 324,88	2 407,23	2 489,58	2 571,93	2 654,08		
IIa	1 476,80	1 552,44	1 628,08	1 703,72	1 779,36	1 855,00	1 930,64	2 006,28	2 081,92	2 157,56	2 233,20	2 308,80			
IIb	1 376,96	1 445,91	1 514,86	1 583,81	1 652,76	1 721,71	1 790,66	1 859,61	1 928,56	1 997,51	2 066,46	2 066,64			
III	1 312,48	1 441,44	1 505,92	1 570,40	1 634,88	1 699,36	1 763,84	1 828,32	1 892,80	1 957,28	2 021,76	2 083,12			
IVa	1 189,76	1 307,76	1 366,76	1 425,76	1 484,76	1 543,76	1 602,76	1 661,76	1 720,76	1 779,76	1 838,76	1 896,96			
IVb	1 087,84	1 181,44	1 228,24	1 275,04	1 321,84	1 368,64	1 415,44	1 462,24	1 509,04	1 555,84	1 602,64	1 608,88			
Va	952,64	993,79	1 034,94	1 076,09	1 117,24	1 158,39	1 199,54	1 240,69	1 281,84	1 322,99	1 364,14	1 405,29	1 443,52		
Vb	952,64	993,79	1 034,94	1 076,09	1 117,24	1 158,39	1 199,54	1 240,69	1 281,84	1 322,99	1 364,14	1 405,29	1 408,16		
Vc	888,18	927,12	966,06	1 005,00	1 043,94	1 082,88	1 121,82	1 160,76	1 199,70	1 238,64	1 277,12				
VIa	832,00	862,09	892,18	922,27	952,36	982,45	1 012,54	1 042,63	1 072,72	1 102,81	1 132,90	1 162,99	1 193,08	1 223,17	1 249,04
VIb	832,00	862,09	892,18	922,27	952,36	982,45	1 012,54	1 042,63	1 072,72	1 102,81	1 132,90	1 156,48			
VII	758,16	782,60	807,04	831,48	855,92	880,36	904,80	929,24	953,68	978,12	1 002,56	1 020,24			
VIII	688,51	710,87	733,23	755,59	777,95	800,31	822,67	845,03	867,39	884,00					
IXa	660,40	681,50	702,60	723,70	744,80	765,90	787,00	808,10	826,80						
IXb	627,52	647,58	667,64	687,70	707,76	727,82	747,88	767,94	782,08						
X	569,92	589,98	610,04	630,10	650,16	670,22	690,28	710,34	723,84						

Anlage 2

(§ 2 Abschn. A Abs. 2 des Vergütungs-
tarifvertrages Nr. 10)

Tabelle
der Grundvergütungen für die unter die Anlage 1 a zum BAT
fallenden Angestellten unter 21 bzw. 23 Jahren
(§ 28 BAT)

Verg.Gr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)
Ib	1 582,78
IIa	1 402,96
IIb	1 308,11

Verg.Gr.	Grundvergütungen nach Vollendung des 18. 19. 20. Lebensjahres (monatlich in DM)		
IVb	—	—	1 087,84
Va/Vb	—	—	952,64
Vc	—	—	888,18
VIa/VIb	765,44	798,72	832,—
VII	697,51	727,83	758,16
VIII	633,43	660,97	688,51
IXa	607,57	633,98	660,40
IXb	577,32	602,42	627,52
X	524,33	547,12	569,92

Anlage 3
(§ 2 Abschn. A Abs. 3 des Vergütungs-
tarifvertrages Nr. 10)

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten unter 18 Jahren
(§ 30 BAT)

Alter	Ortsklasse	VIa/b	Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen				X
			VII	VIII (monatlich in DM)	IXa	IXb	
Vor Vollendung des 15. Lebensjahres	S	556,75	519,83	485,01	—	454,51	425,71
	A	553,25	516,33	481,51	—	451,01	422,21
Nach Vollendung des 15. Lebensjahres	S	612,43	571,81	533,51	—	499,96	468,28
	A	608,58	567,96	529,66	—	496,11	464,43
Nach Vollendung des 16. Lebensjahres	S	723,78	675,78	630,51	612,24	590,86	553,42
	A	719,23	671,23	625,96	607,69	586,31	548,87
Nach Vollendung des 17. Lebensjahres	S	835,13	779,75	727,51	706,43	681,77	638,57
	A	829,88	774,50	722,26	701,18	676,52	633,32

Anmerkung: In den Dienstorten Berlin und Hamburg tritt hierzu der örtliche Sonderzuschlag nach § 32 in Verbindung mit § 30 BAT.

Anlage 4
(§ 2 Abschn. B des Vergütungstarif-
vertrages Nr. 10)

Tabelle der Grundvergütungen
für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten

Verg.-Gr.	Grundvergütungssätze in Stufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	(monatlich in DM)									
Kr. XII	1 555,84	1 638,—	1 720,16	1 775,28	1 830,40	1 885,52	1 940,64	1 995,76	2 050,88	2 102,88
Kr. XI	1 440,40	1 519,44	1 598,48	1 651,52	1 704,56	1 757,60	1 810,64	1 863,68	1 916,72	1 965,60
Kr. X	1 333,28	1 406,08	1 478,88	1 527,76	1 576,64	1 625,52	1 674,40	1 723,28	1 772,16	1 820,—
Kr. IX	1 234,48	1 302,08	1 369,68	1 415,44	1 461,20	1 506,96	1 552,72	1 598,48	1 644,24	1 684,80
Kr. VIII	1 142,96	1 205,36	1 267,76	1 310,40	1 353,04	1 395,68	1 438,32	1 480,96	1 523,60	1 560,—
Kr. VII	1 058,72	1 116,96	1 175,20	1 213,68	1 252,16	1 290,64	1 329,12	1 367,60	1 406,08	1 444,56
Kr. VI	980,72	1 033,76	1 086,80	1 123,20	1 159,60	1 196,—	1 232,40	1 268,80	1 305,20	1 337,4 ⁴
Kr. V	907,92	957,84	1 007,76	1 041,04	1 074,32	1 107,60	1 140,88	1 174,16	1 207,44	1 238,64
Kr. IV	840,32	886,08	931,84	963,04	994,24	1 025,44	1 056,64	1 087,84	1 119,04	1 147,12
Kr. III	777,92	819,52	861,12	889,20	917,28	945,36	973,44	1 001,52	1 029,60	1 052,48
Kr. II	720,72	757,12	793,52	818,48	843,44	868,40	893,36	918,32	943,28	965,12
Kr. I	667,68	699,92	732,16	754,—	775,84	797,68	819,52	841,36	863,20	885,04

Anlage 5

(§ 3 des Vergütungstarifvertrages Nr. 10)

Tabelle der Grundvergütungen
für die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallenden Angestellten über 29 Jahre
 (Nr. 3 der ADO)

Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem									
29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.
Lebensjahr (monatlich in DM)									
2 363,92	2 474,16	2 584,40	2 694,64	2 804,88	2 915,12	3 025,36	3 135,60	3 245,84	3 356,08

Anlage 6

(§ 9 des Vergütungstarifvertrages Nr. 10)

Ortszuschlag
 für die unter die Anlagen 1 a und 1 b zum BAT sowie für die unter die ADO für
 übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst fallenden Angestellten

Vergütungs- gruppe	Ortsklasse	Stufe 1 ledig	Stufe 2 verheiratet	Stufe 3 (bei einem kinder- zuschlagsberechtigten Kind)
Monatsbeträge in DM				
ADO,	S	347,—	431,50	476,—
Ia bis IIb	A	329,—	408,—	452,50
III bis Va/b	S	304,50	377,50	422,—
Kr. VII bis Kr. XII	A	297,—	367,—	411,50
Vc bis X,	S	281,50	355,50	400,—
Kr. I bis Kr. VI	A	274,50	344,50	389,—

Bei mehr als einem kinderzuschlagsberechtigten Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar

für das zweite bis zum fünften Kind	um je 52,— DM,
für das sechste und die weiteren Kinder	um je 64,50 DM.

20331

**Tarifvertrag
über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter
vom 17. Dezember 1970
Ergänzung der Durchführungsbestimmungen**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4251 — 1 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.77 — 2/72 —
v. 20. 1. 1972

In den Durchführungsbestimmungen zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. Dezember 1970 (Abschnitt B des Gem. RdErl. v. 30. 12. 1970 — SMBl. NW. 20331) wird Nummer 1 Abs. 1 um folgende Sätze 5 bis 8 ergänzt:

Bei der rückwirkenden Bewilligung einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit gelten die Krankenbezüge, die dem Arbeiter über den Zeitpunkt des Rentenbeginns hinaus gewährt worden sind, als Vorschuß auf die Rente (§ 42 Abs. 4 Unterabs. 4 und Abs. 10 MTL II). Da die vermögenswirksame Leistung nach § 1 Abs. 4 des Tarifvertrages nur für Kalendermonate zusteht, für die dem Arbeiter Lohn, Urlaubslohn oder Krankenbezüge zustehen, fällt der Anspruch auf die vermögenswirksame Leistung für die Kalendermonate vom Rentenbeginn an mit der Rentenbewilligung weg. Dies gilt auch, wenn dem Arbeiter der über den Rentenbetrag hinausgehende Betrag belassen wird (vgl. Abschnitt II Nr. 29 Buchst. f Doppelbuchst. bb Abs. 2 Satz 2 der Durchführungsbestimmungen zum MTL II — bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 1. 4. 1964 — SMBl. NW. 20310). Ich — der Finanzminister — bin auf Grund des § 40 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung damit einverstanden, daß allgemein von der Rückforderung der überzahlten vermögenswirksamen Leistung abgesehen wird, soweit die Überzahlung auf der rückwirkenden Bewilligung einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit beruht.

— MBl. NW. 1972 S. 189.

203310

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 3 zum MTL II
vom 19. Januar 1972**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 3 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.30.04 — 1/72 —
v. 21. 1. 1972

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1972 an die Stelle der Vorschriften des Monatslohnstarifvertrages Nr. 2 zum MTL II vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 — SMBl. NW. 203310 —) treten, geben wir bekannt:

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 3 zum MTL II
vom 19. Januar 1972**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Er gilt nicht für die Arbeiter des Landes Berlin und der Freien und Hansestadt Hamburg.

§ 2

Ortslohnklasse

Es werden zwei Ortslohnklassen gebildet. Gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 MTL II entspricht

die Ortslohnklasse 1 der Ortsklasse S,
die Ortslohnklasse 2 der Ortsklasse A.

§ 3

Lohntabellen

Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 MTL II) sind für die Ortslohnklassen 1 und 2

für die Zeit vom 1. Januar 1972 bis 30. September 1972 in den Anlagen 1 und 2, Anlage
1 und 2

für die Zeit vom 1. Oktober 1972 an in den Anlagen 3 und 4 Anlage
3 und 4

festgelegt.

Protokollnotiz:

Bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind jeweils abzurunden. Bruchteile von 0,5 und mehr sind jeweils aufzurunden.

§ 4

Sozialzuschlag

(1) Neben dem Lohn und dem Urlaubslohn erhält der Arbeiter einen Sozialzuschlag

für das erste kinderzuschlagsberechtigende Kind in Höhe von 89 v. H.,

für das zweite bis fünfte kinderzuschlagsberechtigende Kind in Höhe von 104 v. H.,

für das sechste und jedes weitere kinderzuschlagsberechtigende Kind in Höhe von 129 v. H.

des Kinderzuschlags, der ihm nach Maßgabe des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 für den jeweiligen Kalendermonat gezahlt wird oder zu zahlen wäre, wenn dem anderen Elternteil Kinderzuschlag für dasselbe Kind nicht zustehen würde. Bei der Gewährung des Sozialzuschlags wird auch der Kinderzuschlag berücksichtigt, auf den der Arbeiter Anspruch hätte, wenn sein sonst kinderzuschlagsberechtigendes Kind nicht zur Ableistung des Grundwehrdienstes einberufen wäre.

(2) Bei der Berechnung nach Absatz 1 sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs sind abzurunden.

Protokollnotizen zu Absatz 1:

1. Die Vornhundertsätze gelten nur, solange der Kinderzuschlag monatlich 50,— DM beträgt.
2. Anderer Elternteil im Sinne des Satzes 1 ist
 - a) der andere natürliche Elternteil,
 - b) der andere Adoptivelternteil, Großelternteil oder Pilegeelternteil oder
 - c) gegenüber einem Stiefelternteil dessen Ehegatte.

§ 5

**Änderung des Ergänzungstarifvertrages
zum Lohngruppenverzeichnis**

Die Protokollnotiz zu § 1a des Tarifvertrages zur Ergänzung des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970, wird gestrichen.

§ 6

Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 1972, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 19. Januar 1972

Anlage 1zum Monatslohnstarifvertrag Nr. 3
zum MTL II vom 19. Januar 1972**Monatstabellenlöhne**
Ortslohnklasse 1
für die Zeit vom 1. Januar 1972 bis zum 30. September 1972

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	881,72	902,52	922,28	943,08	960,76	976,36	988,84	999,24	1 009,64	1 016,92
III	920,20	947,24	969,08	991,96	1 010,68	1 027,32	1 040,84	1 053,32	1 062,68	1 072,04
IV	946,20	973,24	996,12	1 016,92	1 036,68	1 053,32	1 065,80	1 078,28	1 088,68	1 097,—
V	974,28	997,16	1 022,12	1 043,96	1 063,72	1 081,40	1 094,92	1 108,44	1 118,84	1 127,16
VI	1 025,24	1 051,24	1 075,16	1 099,08	1 118,84	1 138,60	1 153,16	1 165,64	1 176,04	1 186,44
VII	1 078,28	1 106,36	1 133,40	1 158,36	1 180,20	1 199,96	1 215,56	1 229,08	1 240,52	1 250,92
VIIa	1 103,24	1 135,48	1 163,56	1 187,48	1 211,40	1 231,16	1 246,76	1 261,32	1 273,80	1 283,16
VIII	1 133,40	1 165,64	1 194,76	1 219,72	1 244,68	1 264,44	1 281,08	1 294,60	1 308,12	1 318,52
IX	1 232,20	1 268,60	1 298,76	1 328,92	1 353,88	1 376,76	1 394,44	1 410,04	1 424,60	1 437,08

Anlage 2zum Monatslohnstarifvertrag Nr. 3
zum MTL II vom 19. Januar 1972**Monatstabellenlöhne**
Ortslohnklasse 2
für die Zeit vom 1. Januar 1972 bis zum 30. September 1972

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	866,64	890,56	909,28	929,04	947,76	963,36	974,80	986,24	994,56	1 003,92
III	909,28	935,28	957,12	976,88	994,56	1 011,20	1 024,72	1 036,16	1 044,48	1 053,84
IV	933,20	960,24	983,12	1 003,92	1 023,68	1 040,32	1 053,84	1 066,32	1 075,68	1 085,04
V	956,08	984,16	1 007,04	1 027,84	1 047,60	1 064,24	1 076,72	1 089,20	1 099,60	1 107,92
VI	1 006,—	1 035,12	1 059,04	1 082,96	1 102,72	1 120,40	1 134,96	1 147,44	1 158,88	1 168,24
VII	1 059,04	1 089,20	1 116,24	1 139,12	1 160,96	1 180,72	1 195,28	1 208,80	1 221,28	1 229,60
VIIa	1 086,08	1 117,28	1 144,32	1 169,28	1 191,12	1 210,88	1 226,48	1 240,—	1 251,44	1 261,84
VIII	1 114,16	1 146,40	1 174,48	1 199,44	1 222,32	1 243,12	1 258,72	1 272,24	1 285,76	1 295,12
IX	1 211,92	1 246,24	1 276,40	1 305,52	1 330,48	1 352,32	1 370,—	1 385,60	1 399,12	1 409,52

Anlage 3zum Monatslohtariivertrag Nr. 3
zum MTL II vom 19. Januar 1972**Monatstabellenlöhne**
Ortslohnklasse 1
für die Zeit vom 1. Oktober 1972 an

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	884,84	913,81	940,71	965,55	988,32	1 009,02	1 027,65	1 044,21	1 058,70	1 071,12
III	930,60	961,18	989,57	1 015,78	1 039,80	1 061,64	1 081,30	1 098,77	1 114,06	1 127,16
IV	954,52	985,93	1 015,10	1 042,03	1 066,71	1 089,15	1 109,34	1 127,29	1 143,—	1 156,46
V	978,44	1 010,69	1 040,64	1 068,28	1 093,62	1 116,66	1 137,39	1 155,82	1 171,95	1 185,77
VI	1 029,40	1 063,43	1 095,03	1 124,20	1 150,94	1 175,25	1 197,13	1 216,58	1 233,60	1 248,19
VII	1 083,48	1 119,41	1 152,77	1 183,56	1 211,79	1 237,45	1 260,55	1 281,08	1 299,04	1 314,44
VIIa	1 111,56	1 148,47	1 182,74	1 214,38	1 243,38	1 269,74	1 293,47	1 314,56	1 333,01	1 348,83
VIII	1 139,64	1 177,53	1 212,72	1 245,20	1 274,97	1 302,04	1 326,40	1 348,05	1 367,—	1 383,24
IX	1 243,64	1 285,17	1 323,74	1 359,34	1 391,97	1 421,64	1 448,34	1 472,07	1 492,84	1 510,64

Anlage 4zum Monatslohtariivertrag Nr. 3
zum MTL II vom 19. Januar 1972**Monatstabellenlöhne**
Ortslohnklasse 2
für die Zeit vom 1. Oktober 1972 an

Lohn- gruppe	Monatstabellenlohn in Stufe									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	873,92	902,13	928,33	952,51	974,68	994,83	1 012,97	1 029,09	1 043,20	1 055,29
III	917,60	947,34	974,95	1 000,44	1 023,81	1 045,05	1 064,17	1 081,16	1 096,03	1 108,78
IV	942,56	973,17	1 001,60	1 027,84	1 051,89	1 073,76	1 093,44	1 110,93	1 126,24	1 139,36
V	964,40	995,78	1 024,92	1 051,81	1 076,46	1 098,87	1 119,04	1 136,97	1 152,66	1 166,11
VI	1 015,36	1 048,52	1 079,31	1 107,73	1 133,78	1 157,47	1 178,79	1 197,74	1 214,32	1 228,53
VII	1 067,36	1 102,34	1 134,82	1 164,80	1 192,28	1 217,27	1 239,76	1 259,75	1 277,24	1 292,23
VIIa	1 095,44	1 131,40	1 164,79	1 195,62	1 223,88	1 249,57	1 272,69	1 293,24	1 311,22	1 326,63
VIII	1 121,44	1 158,31	1 192,55	1 224,16	1 253,13	1 279,47	1 303,17	1 324,24	1 342,68	1 358,48
IX	1 223,36	1 263,80	1 301,35	1 336,01	1 367,78	1 396,67	1 422,67	1 445,78	1 466,—	1 483,33

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

1. Nach der zwischen den Tarifvertragsparteien getroffenen Vereinbarung ist § 30 Abs. 3 Satz 2 MTL II auch für die Ermittlung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes anzuwenden. Das bedeutet, daß der Divisor 183 beträgt. Unter Berücksichtigung der Protokollnotiz zu § 3 ergeben sich hieraus die anliegenden „Tabellen der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne“.
2. Nach § 31 Abs. 2 Unterabs. 2 MTL II bemißt sich der Teil des Monatslohnes, der nicht im Monatsregelohn enthalten ist, nach der Arbeitsleistung des Vormonats. Das bedeutet, daß sich der Teil des Monatslohnes für den Monat Januar 1972, der nicht im Monatsregelohn enthalten ist, zwar nach der Arbeitsleistung des Monats November 1971 bemißt, für seine Errechnung aber der Lohn nach diesem Tarifvertrag zugrunde zu legen ist.
3. Die allgemeine Lohnerhöhung im Sinne des § 48 Abs. 3 und 5 MTL II beträgt vom 1. Januar 1972 an 6,7 v. H. — 80 v. H. hiervon sind 5,4 v. H..
Die vom 1. Oktober 1972 an eintretende Lohnerhöhung ist die dritte Stufe, die bei der Einführung des Monatslohnes vereinbart worden ist. Sie ist keine allgemeine Lohnerhöhung im Sinne des § 48 Abs. 3 und 5 MTL II.
4. Die Lohnzuschläge nach dem Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II — SMBl. NW. 203311) ändern sich nicht (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 2 TVZ zum MTL II).
5. § 4 des Monatslohtarifvertrages Nr. 1 bewirkte, daß der Sozialzuschlag gewährt und berechnet wurde, wie wenn der Ehegatte des Arbeiters keinen Kinderzuschlag erhalten hätte, d. h. wie wenn der Arbeiter selbst den seiner Beschäftigung entsprechenden vollen bzw. anteiligen Kinderzuschlag erhalten hätte.

An die Stelle des Wortes „Ehegatten“ in § 4 des Monatslohtarifvertrages Nr. 1 sind in § 4 dieses Tarifvertrages wie im Monatslohtarifvertrag Nr. 2 die Worte „anderer Elternteil“ getreten. Die Vorschrift bewirkt nunmehr, daß der Arbeiter in allen Fällen (z. B. auch wenn der andere Elternteil nicht Ehegatte oder nicht mehr Ehegatte des Arbeiters ist) auch dann den dem Umfang seiner Beschäftigung entsprechenden Sozialzuschlag erhält, wenn er auf Grund der Regelung in § 1 Abs. 8 des Tarifvertrages betreffend Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 (SMBl. NW. 203312) oder infolge der Ableistung des Grundwehrdienstes durch ein sonst kinderzuschlagsberechtigendes Kind für dieses Kind keinen Kinderzuschlag oder den Kinderzuschlag z. B. auf Grund des § 19 BBesG nur zur Hälfte erhält.

Die Protokollnotiz Nummer 2 Buchst. c zu § 4 stellt klar, daß Elternteil im Sinne dieser Vorschrift auch der Stiefelternteil ist. Auf die Beispiele 6 und 7 weisen wir hin.

Beispiel 1:

Die Arbeiterin ist vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhält der andere Elternteil, weil kein Antrag auf Halbierung des Kinderzuschlages gestellt ist. Die Arbeiterin erhält daher keinen Kinderzuschlag.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde die Arbeiterin selbst den Kinderzuschlag, und zwar in voller Höhe, erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 2:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhalten beide Eltern zur Hälfte.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den nach § 1 Abs. 3 des vorgenannten Tarifvertrages seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 3:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Nach § 1 Abs. 8 Buchst. b des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge erhält der Arbeiter keinen Kinderzuschlag.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den nach § 1 Abs. 3 des vorgenannten Tarifvertrages seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 4:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist nicht vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Der Arbeiter erhält nach § 1 Abs. 8 Buchst. a des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag, jedoch nicht mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlages.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten, auch soweit er mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlages beträgt. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 5:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Der andere Elternteil ist nicht vollbeschäftigter Beamter. Nach § 1 Abs. 8 Buchst. c des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vermindert sich der Kinderzuschlag des Arbeiters um den Teil, den der andere Elternteil erhält.

Würde der andere Elternteil keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den vollen Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 6:

Der Stiefvater ist vollbeschäftigter Arbeiter. Die leibliche Mutter ist Beamtin. Der leibliche Vater steht nicht im öffentlichen Dienst. Den Kinderzuschlag erhält nach den besoldungsrechtlichen Vorschriften über das Zusammenreffen mehrerer Ansprüche auf Kinderzuschlag, die nach § 1 Abs. 1 des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge auch auf das Arbeitsverhältnis des Stiefvaters sinngemäß anzuwenden sind, nur die leibliche Mutter.

Würde die leibliche Mutter für dieses Kind keinen Kinderzuschlag erhalten, stünde dieser dem Stiefvater zu. Dieser fiktive Kinderzuschlag ist in die Bemessungsgrundlage für den Sozialzuschlag des Stiefvaters einzubeziehen.

Beispiel 7:

Der Stiefvater ist vollbeschäftigter Arbeiter. Der leibliche Vater steht als vollbeschäftigter Arbeiter oder Angestellter ebenfalls im öffentlichen Dienst. Die leibliche Mutter steht nicht im öffentlichen Dienst. Den Kinderzuschlag erhält der leibliche Vater. Der Stiefvater erhält nach § 1 Abs. 1 des Tarifvertrages in Verbindung mit den besoldungsrechtlichen Vorschriften, die auf sein Arbeitsverhältnis anzuwenden sind, keinen Kinderzuschlag.

Der Anspruch des Stiefvaters auf den Kinderzuschlag entfällt nicht deshalb, weil der andere Ehegatte oder andere Elternteil den Kinderzuschlag erhält, sondern wegen des vorrangigen Anspruchs des leiblichen Vaters gegenüber dem Anspruch des Stiefvaters. Der fiktive Kinderzuschlag kann daher nicht in die Bemessungsgrundlage für den Sozialzuschlag des Stiefvaters einbezogen werden.

Anlage 1
zu Abschnitt B

Tabelle
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1972

Lohn- gruppe	Ortslohn- klasse	1 Pf	2 Pf	3 Pf	4 Pf	5 Pf	6 Pf	7 Pf	8 Pf	9 Pf	10 Pf
II	1	482	493	504	515	525	534	540	546	552	556
	2	474	487	497	508	518	526	533	539	543	549
III	1	503	518	530	542	552	561	569	576	581	586
	2	497	511	523	534	543	553	560	566	571	576
IV	1	517	532	544	556	566	576	582	589	595	599
	2	510	525	537	549	559	568	576	583	588	593
V	1	532	545	559	570	581	591	598	606	611	616
	2	522	538	550	562	572	582	588	595	601	605
VI	1	560	574	588	601	611	622	630	637	643	648
	2	550	566	579	592	603	612	620	627	633	638
VII	1	589	605	619	633	645	656	664	672	678	684
	2	579	595	610	622	634	645	653	661	667	672
VIIa	1	603	620	636	649	662	673	681	689	696	701
	2	593	611	625	639	651	662	670	678	684	690
VIII	1	619	637	653	667	680	691	700	707	715	721
	2	609	626	642	655	668	679	688	695	703	708
IX	1	673	693	710	726	740	752	762	771	778	785
	2	662	681	697	713	727	739	749	757	765	770

Tabelle
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne
für die Zeit vom 1. Oktober 1972 an

Lohn- gruppe	Ortslohn- klasse	1 Pf	2 Pf	3 Pf	4 Pf	5 Pf	6 Pf	7 Pf	8 Pf	9 Pf	10 Pf
II	1	484	499	514	528	540	551	562	571	579	585
	2	478	493	507	520	533	544	554	562	570	577
III	1	509	525	541	555	568	580	591	600	609	616
	2	501	518	533	547	559	571	582	591	599	606
IV	1	522	539	555	569	583	595	606	616	625	632
	2	515	532	547	562	575	587	598	607	615	623
V	1	535	552	569	584	598	610	622	632	640	648
	2	527	544	560	575	588	600	611	621	630	637
VI	1	563	581	598	614	629	642	654	665	674	682
	2	555	573	590	605	620	632	644	655	664	671
VII	1	592	612	630	647	662	676	689	700	710	718
	2	583	602	620	637	652	665	677	688	698	706
VIIa	1	607	628	646	664	679	694	707	718	728	737
	2	599	618	636	653	669	683	695	707	717	725
VIII	1	623	643	663	680	697	711	725	737	747	756
	2	613	633	652	669	685	699	712	724	734	742
IX	1	680	702	723	743	761	777	791	804	816	825
	2	669	691	711	730	747	763	777	790	801	811

203310

**Sechster Änderungstarifvertrag
vom 19. Januar 1972
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen
der Personenkraftwagenfahrer
vom 10. Februar 1965**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 4.1 — IV 1 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 7.31.14 — 1/72 —
v. 21. 1 1972

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag
über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer
vom 10. Februar 1965 (bekanntgegeben mit dem Gem.
RdErl. v. 22. 3. 1965 — SMBl. NW. 203310 —) mit Wirkung
vom 1. Januar 1972 geändert wird, geben wir bekannt:

**Sechster Änderungstarifvertrag
vom 19. Januar 1972
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen
der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965**

Zwischen

der Tariftgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

Einziges Paragraph

Die Anlagen zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingun-
gen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965,
zuletzt geändert durch den Fünften Änderungstarifvertrag
vom 17. Dezember 1970, werden mit Wirkung vom 1.
Anlage
1 und 2 Januar 1972 durch die Anlagen zu diesem Tarifvertrag
ersetzt.

Bonn, den 19. Januar 1972

Anlage zum Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 für Personenkraftwagenfahrer der Länder
Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

**Gesamtpauschallöhne für die Zeit vom
1. Januar 1972 bis zum 30. September 1972**

Gruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse			
		1		2	
		Monatslohn DM	Pauschal- zuschlag DM	Monatslohn DM	Pauschal- zuschlag DM
Gruppe I					
bei einer Monatsarbeitszeit bis zu 207 Stunden	1.—8. Jahr	1 227,06	42,94	1 212,58	42,42
	9.—12. Jahr	1 267,06	42,94	1 247,58	42,42
	13.—16. Jahr	1 297,06	42,94	1 277,58	42,42
	vom 17. Jahr an	1 317,06	42,94	1 297,58	42,42
Gruppe II					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 207 bis 232 Stunden	1.— 8. Jahr	1 356,14	73,86	1 337,—	73,—
	9.—12. Jahr	1 396,14	73,86	1 372,—	73,—
	13.—16. Jahr	1 421,14	73,86	1 402,—	73,—
	vom 17. Jahr an	1 446,14	73,86	1 422,—	73,—
Gruppe III					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 232 bis 256 Stunden	1.— 8. Jahr	1 499,12	85,88	1 475,16	84,84
	9.—12. Jahr	1 539,12	85,88	1 515,16	84,84
	13.—16. Jahr	1 564,12	85,88	1 540,16	84,84
	vom 17. Jahr an	1 589,12	85,88	1 565,16	84,84
Gruppe IV					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 256 bis 280½ Stunden	1.— 8. Jahr	1 649,12	85,88	1 625,16	84,84
	9.—12. Jahr	1 689,12	85,88	1 665,16	84,84
	13.—16. Jahr	1 714,12	85,88	1 690,16	84,84
	vom 17. Jahr an	1 739,12	85,88	1 710,16	84,84
Ständige persönliche Fahrer nach § 3 Abs. 3	1.— 8. Jahr	1 808,90	111,10	—	—
	9.—12. Jahr	1 848,90	111,10	—	—
	13.—16. Jahr	1 873,90	111,10	—	—
	vom 17. Jahr an	1 893,90	111,10	—	—

Anlage 2

Anlage zum Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 für Personenkraftwagenfahrer der Länder
Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

Gesamtpauschallöhne vom 1. Oktober 1972 an

Gruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse			
		1		2	
		Monatslohn DM	Pauschal- zuschlag DM	Monatslohn DM	Pauschal- zuschlag DM
Gruppe I					
bei einer Monatsarbeitszeit bis zu 207 Stunden	1.— 8. Jahr	1 256,22	43,78	1 236,74	43,26
	9.—12. Jahr	1 306,22	43,78	1 286,74	43,26
	13.—16. Jahr	1 351,22	43,78	1 326,74	43,26
	vom 17. Jahr an	1 381,22	43,78	1 361,74	43,26
Gruppe II					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 207 bis 232 Stunden	1.— 8. Jahr	1 389,72	75,28	1 365,58	74,42
	9.—12. Jahr	1 439,72	75,28	1 415,58	74,42
	13.—16. Jahr	1 479,72	75,28	1 455,58	74,42
	vom 17. Jahr an	1 509,72	75,28	1 485,58	74,42
Gruppe III					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 232 bis 256 Stunden	1.— 8. Jahr	1 532,44	87,56	1 508,48	86,52
	9.—12. Jahr	1 582,44	87,56	1 558,48	86,52
	13.—16. Jahr	1 627,44	87,56	1 598,48	86,52
	vom 17. Jahr an	1 657,44	87,56	1 633,48	86,52
Gruppe IV					
bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 256 bis 280½ Stunden	1.— 8. Jahr	1 687,44	87,56	1 663,48	86,52
	9.—12. Jahr	1 737,44	87,56	1 713,48	86,52
	13.—16. Jahr	1 777,44	87,56	1 753,48	86,52
	vom 17. Jahr an	1 812,44	87,56	1 783,48	86,52
Ständige persönliche Fahrer nach § 3 Abs. 3	1.— 8. Jahr	1 846,80	113,20	—	—
	9.—12. Jahr	1 901,80	113,20	—	—
	13.—16. Jahr	1 941,80	113,20	—	—
	vom 17. Jahr an	1 971,80	113,20	—	—

Hinweis**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 1 v. 1. 1. 1972**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,20 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		2. PStG § 49 II. — Auch wenn einer Anregung der Aufsichtsbehörde in Standesamtsangelegenheiten entsprochen worden ist, kann diese Behörde Beschwerde einlegen, um eine höchstrichterliche Entscheidung herbeizuführen. OLG Düsseldorf vom 17. Mai 1971 — 3 W 88/71	9
Bereinigung der Justizverwaltungsvorschriften . . .	1	Strafrecht	
Dienstkleidungszuschuß	1	1. StGB § 222; StVO § 1. — Ob der Kraftfahrer, dem auf einer belebten Straße Reiter entgegenkommen, mit einem Scheuen der Pferde rechnen muß, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalles. — Auf den Vertrauensgrundsatz kann er sich jedenfalls dann nicht berufen, wenn er einen schweren Lkw mit hohem Aufbau fährt und zu den Pferden nur einen Seitenabstand von 2,60 m hat. Er muß dann seine Geschwindigkeit so rechtzeitig herabsetzen, daß er notfalls sofort anhalten kann. OLG Hamm vom 4. Juni 1971 — 3 Ss 348/71	10
Anordnung über die Entlastung der Staatsanwälte durch die Beamten des gehobenen und mittleren Dienstes	2	2. OWiG §§ 71, 72; EG OWiG Art. 41. — Entscheidet der Bußgeldrichter nicht im schriftlichen Verfahren, so kann er das im Bußgeldbescheid festgesetzte Bußgeld auch dann erhöhen, wenn in der Hauptverhandlung keine neuen, den Betroffenen belastenden Umstände zutage getreten sind. — Art. 41 EG OWiG begründet kein Verwertungsverbot. OLG Hamm vom 5. Mai 1971 — 3 Ss OWi 419/71	11
Einführung des Loseblatt-Grundbuchs	2	Aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	12
Bezeichnung der Vollzugsanstalten und ihrer Leiter	3	— MBl. NW. 1972 S. 198.	
Lohnsteuerliche Behandlung der Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenerversorgung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und der Umlage zur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)	5		
Personalnachrichten	5		
Gesetzgebungsübersicht	7		
Rechtsprechung			
Zivilrecht			
1. BGB §§ 157, 653. — Ein Makler, der mit seinem Kunden Maklerlohn in bestimmter Höhe vereinbart, kann nicht zusätzlich die Mehrwertsteuer überwälzen, die im Vertrag nicht erwähnt worden ist. OLG Köln vom 27. April 1971 — 15 U 95/70	8		

Einzelpreis dieser Nummer 3,30 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postcheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bitet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich: Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22.— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.